



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Öffentlich vor privat - Die Krankenhauslandschaft Sachsen-Anhalts kurzfristig retten, langfristig sichern und zukunftsorientiert gestalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Struktur der Krankenhauslandschaft Sachsen-Anhalts ist in der Krise.

Das System der Krankenhausfinanzierung des Bundes setzt falsche Anreize und ist dringend reformbedürftig.

Die Ursachen hierfür liegen aber auch in der ungenügenden Ausfinanzierung der notwendigen Investitionen.

Durch die Privatisierungspolitik der vergangenen Jahre verschlechterten sich die Bedingungen für die Beschäftigten und Patient*innen, den Landkreisen wurde die Wahrnehmung ihres Sicherstellungsauftrages erheblich erschwert und Planungsbestrebungen des Landes liefen ins Leere.

Es ist derzeit nicht möglich, die wirtschaftlichen Interessen privater Krankenhausträger so zu beschränken, dass die Versorgungsinteressen der Patient*innen im Vordergrund stehen.

Diesen Entwicklungen muss Einhalt geboten werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den bestehenden Investitionsstau in den Krankenhäusern Sachsen-Anhalts aufzulösen und im aktuellen Doppelhaushalt eine solide Vorsorge zu treffen.
2. künftig eine bedarfsgerechte Finanzierung der Investitionen sicherzustellen. Dabei sollen pauschale Zuweisungen den Grundbedarf decken und Einzelfallförderung dazu dienen, Versorgungsbedarfe zu steuern.

(Ausgegeben am 22.01.2020)

3. die Krankenhausplanung so fortzuentwickeln, dass sie als verbindliches Steuerinstrument dient.
4. gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten Lösungen zu finden, um öffentliche Strukturen der Krankenhauslandschaft im Land zu stärken und weitere Privatisierungen zu verhindern. Dort, wo die Tätigkeit der privaten Klinikbetreiber im Gegensatz zum Sicherstellungsauftrag steht, soll eine Rückführung in die öffentliche Hand erfolgen.
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass für den Betrieb von Krankenhäusern die tarifliche Vergütung der Beschäftigten verpflichtend wird und die Ausschüttung von Gewinnen aus öffentlichen Zuwendungen und Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung verboten werden.

Begründung

Die jüngsten dramatischen Entwicklungen in der Krankenhauslandschaft Sachsen-Anhalts legen deutlich das Versagen der bestehenden Strukturen offen - von dem akuten Investitionsstau über die Krankenhausplanung, die kein probates Instrument zur bedarfsgerechten Steuerung der Versorgung darstellt, bis hin zu einer abenteuerlichen Entlohnungspraxis der Beschäftigten, die einige Krankenhausträger an den Tag legen.

Jeden Tag folgen neue Meldungen, die auf traurige Weise den angeschlagenen Zustand der Krankenhauslandschaft dokumentieren.

Die Menschen in Sachsen-Anhalt sind zu Recht verunsichert! Es geht hier nicht um weniger als ihre Gesundheit!

So kann und darf es nicht weitergehen. Es müssen Lösungen her, die sowohl den aktuellen Notstand abfedern, als auch langfristige, zukunftsorientierte Wege hin zu einer soliden Versorgung aufzeigen.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender